

Rettungsschirm für Menschen, nicht für Banken und Finanzmärkte

Liebe Leserinnen und Leser,

aufgrund der anhaltenden Währungs- und Schuldenkrise in Europa hat der Bundestag ein Gesetz zur Änderung des „Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilitätsmechanismus“ verabschiedet. Dies hat zur Folge, dass die bestehenden Mittel der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF), dem sogenannten Euro-Rettungsschirm, aufgestockt werden und in einen dauerhaften europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) überführt werden können.

Ich sowie die gesamte Fraktion DIE LINKE haben die Aufstockung und Ausweitung des Rettungsschirms während der heutigen namentlichen Abstimmung abgelehnt. Mit EFSF und ESM wird ein gescheitertes, marktradikales Krisenmanagement fortgesetzt, das völlig untauglich ist, um die Eurokrise zu überwinden.

Der Euro-Rettungsschirm ist ein reiner Bankenrettungsschirm, der die Ansprüche von Banken und Finanzinvestoren absichert und die Verursacher und Profiteure der Krise schont. Die Kosten der Krise werden auf die Bevölkerungen abgewälzt: Sie haften für die Garantien und bezahlen die Sparprogramme mit dem schlimmsten Sozialabbau der Nachkriegsgeschichte in ganz Europa.

Kredite aus dem Rettungsschirm sind an rigide Kürzungsprogramme gebunden, die massive Einschnitte in staatliche Ausgaben und (Sozial)Leistungen, Renten- und Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst, Stellenabbau sowie die Privatisierung von Staatseigentum verlangen. Dies ist nicht nur unsozial, sondern wirtschaftspolitisch unvernünftig und gefährlich. Die Sparauflagen treffen die unteren und mittleren Einkommensgruppen, sind aufgrund ihrer negativen Auswirkungen für die Binnennachfrage volkswirtschaftlich schädlich und verschlimmern so die Schuldenkrise. Infolge der Sparpakete brach beispielsweise die griechische Wirtschaft 2010 um real 4,5% ein (2011 wird ein weiteres Minus von 5% erwartet), Arbeitslosigkeit und öffentliche Verschuldung stiegen weiter an. Portugal droht Ähnliches und auch Irland hat die Krise bei weitem nicht überwunden.

Ich lehne das Gesetz auch deswegen ab, da sich die „Euro-Rettung“ einer effektiven parlamentarischen und öffentlichen Kontrolle entzieht. Jene Verhandlungen, die „Hilfskredite“ ausgestalten und gewähren, finden auf Regierungsebene in der Eurogruppe statt. Der Bundestag war aus diesen Prozessen weitgehend ausgeschlossen. Um dies zu beheben, liegt bereits ein Antrag der Regierungskoalition vor, den DIE LINKE aber als völlig unzureichend ablehnt. So will die Koalition unter anderem nur den nicht-öffentlich tagenden Haushaltsausschuss und nicht das Bundestagsplenum zur Ausgestaltung von EFSF und ESM beteiligen.

Um die Eurokrise zu überwinden, muss ein wirtschafts- und finanzpolitischer Kurswechsel eingeleitet und ein umfassendes europäisches Aktionsprogramm gegen die Eurokrise, das an deren Ursachen ansetzt, aufgelegt werden. Hierzu hat DIE LINKE einen umfangreichen Maßnahmen erstellt.

Eure/Ihre
Agnes Alpers

Abstimmungsverhalten aller Bremer Bundestagsabgeordneten:

Agnes Alpers (DIE LINKE):	Nein
Marieluise Beck (Bündnis 90/Die Grünen):	Ja
Uwe Beckmeyer (SPD):	Ja
Bernd Neumann (CDU/CSU):	Ja
Dr. Carsten Sieling (SPD):	Ja
Torsten Staffeldt (FDP):	Nein